

Neues Hochschulgesetz kein „Freiheitsgesetz“
Erklärung von Katharina Schwabedissen und
Jonas Bens

DIE LINKE.
Landesarbeitsgemeinschaft Bildung

Wissenschaftsminister Andreas Pinkwart missachtet die Freiheit von Forschung und Lehre in NRW - FDP-Politiker will studentische Mitbestimmung an Hochschulen einschränken

Zur Debatte der „Eckpunkte für ein Hochschulfreiheitsgesetz“ der Landesregierung im Landtag erklären Jonas Bens, Mitglied des Landesvorstandes der Linkspartei. NRW und Katharina Schwabedissen, Landesvorsitzende der WASG NRW:

Morgen debattiert der Landtag über die Eckpunkte für ein neues Hochschulgesetz in Nordrhein Westfalen. Das bisher vorgelegte Eckpunktepapier enthält Maßnahmen, die von Landesminister Andreas Pinkwart als Schritte zu mehr Freiheit für die Hochschulen in NRW bezeichnet werden. „Die Freiheit die Minister Pinkwart meint, ist ausschließlich die Freiheit des Marktes und der Rektoren. Die im Grundgesetz festgelegte Freiheit von Forschung und Lehre wird von der Landesregierung missachtet“ erklärten Katharina Schwabedissen, Landesvorsitzende der WASG NRW und Jonas Bens, Mitglied des Landesvorstandes der Linkspartei.NRW.

Die im neuen Gesetz vorgesehenen Leitungsstrukturen konzentrieren die Macht allein auf den Hochschulrektor und eine Art Aufsichtsrat aus externen Personen. Anderen Hochschulgremien, wie Senat oder Fakultätsräte, sollen nur noch beratende Funktion erhalten. Jede Form von studentischer Mitbestimmung ist damit völlig ausgehebelt. Studierende sind schon jetzt in allen Gremien viel zu schwach vertreten, in Zukunft hat sogar das Gremium, in dem sie sitzen, nichts mehr zu sagen. Bisher konnten NRW Hochschulen in der Freiheit staatlicher Sicherheit arbeiten. Pinkwarts Freiheitsideal ermöglicht jetzt dem Markt die Sicherheit, die Hochschullandschaft zu reglementieren. Nicht umsonst klatscht das CHE bereits laut Beifall. In der Praxis bedeutet die schwarz-gelbe Freiheit, dass für die Landesregierung scheinbar unrentable Fächer abgeschafft werden, die Entscheidungsfreiheit liegt hier bei der Hochschulleitung. Der Hochschulrat wird für die Wirtschaftlichkeit der Unis sorgen. Die LehrerInnenausbildung ist schon jetzt bei Hochschulen chronisch unbeliebt. Sie ist teuer und gegenüber Forschungsprojekten wenig rentabel. Hier schließt sich der Kreis, denn bei dem angestrebten Bildungssystem werden wir demnächst auch kaum noch qualifizierte LehrerInnen brauchen.

„Die Landesregierung spricht von Freiheit und Autonomie für Hochschulen, zieht sich aber nur aus ihrer Verantwortung zurück. Eine Landesregierung muss dafür sorgen, dass es ein flächendeckendes Fächerangebot an Hochschulen gibt und darf das nicht den Gesetzen des Marktes überlassen.“ erklären die beiden PolitikerInnen übereinstimmend.